

## Für einen handlungsfähigen Staat

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Niedersachsen fordert im Hinblick auf die derzeitige Situation der Geflüchteten, dass die Niedersächsische Landesregierung sich insbesondere einsetzt für

- die finanzielle und personelle Handlungsfähigkeit von Land und Kommunen.
- verbesserte Rahmenbedingungen, um den zügigen Zugang zu Sprache und Bildung ermöglichen.

Die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der sogenannten Schuldenbremse sollten vom Land kreativ genutzt werden, um die **Handlungsfähigkeit** des Landes zu wahren. Die Landesregierung sollte sich weiterhin dafür einsetzen, dass für die anstehenden Aufgaben die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu haben.

Im **Öffentlichen Dienst** sind unbefristete Einstellungen insbesondere in der unmittelbaren Landesverwaltung und den Kommunen notwendig, da sich der massive Personal- und Stellenabbau der letzten Jahre nun rächt. Dabei muss eine **tarifgerechte Eingruppierung** als Mindeststandard gelten. Um kurzfristigen Personalengpässen zu begegnen, sollte das Land den Beschäftigten für die außergewöhnlichen Belastungen **Zulagen** gewähren. Das Land muss mehr **Nachwuchs** ausbilden und eine Übernahme in den Öffentlichen Dienst gewährleisten. Dabei müssen auch gezielt Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Teilzeitbeschäftigten, die mehr arbeiten möchten, sollte eine **Aufstockung** ermöglicht werden. Bisher befristet Beschäftigten muss die Möglichkeit gegeben werden,

das Arbeitsverhältnis unbefristet fortzusetzen. Bei allen Personalver- und umsetzungen muss das Prinzip der Freiwilligkeit gelten.

Alle Schulen, die Flüchtlingskinder unterrichten, müssen mit zusätzlichen **Lehrkräften für Deutsch als Fremdsprache (DaF), SchulsozialarbeiterInnen** und sozialpädagogischer Betreuung ausgestattet werden. Die Angebote von **Deutschkursen für Erwachsene** der Bildungsträger der Erwachsenenbildung sind auszubauen, zu öffnen und öffentlich nach Tarif zu finanzieren. Um ausreichend DaF-Lehrkräfte vorhalten zu können, muss das **Honorar auf mind. 30 Euro/Stunde** erhöht und im besten Fall eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gewährleistet sein.

Um eine schnelle Integration der Geflüchteten zu gewährleisten, ist ein möglichst frühzeitiger Zugang zu **Sprach- und Integrationskursen** notwendig. D.h. Wartezeiten müssen verhindert und ein ausreichendes Kursangebot vorgehalten werden. Das Land muss ausreichend **Sprachlernklassen** in allen Schularten vorhalten und einen zeitnahen Übergang in die Regelklassen für Flüchtlingskinder ermöglichen. Die Angebote für jugendliche Flüchtlinge zum **Nachholen des Schulabschlusses** an einer berufsbildenden Schule müssen ausgebaut werden. Um einen fließenden Übergang aller Jugendlichen von der Schule in den Beruf zu gewährleisten, muss die **Ausbildungsgarantie** von der Landesregierung zügig umgesetzt werden.